

Gesetzentwurf

Der Niedersächsische Ministerpräsident

Hannover, den 30.06.2015

Herrn
Präsidenten des Niedersächsischen Landtages
Hannover

Sehr geehrter Herr Präsident,

anliegend übersende ich den von der Landesregierung beschlossenen

**Entwurf eines Niedersächsischen Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes
(NKInvFG)**

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlussfassung des Landtages herbeizuführen. Gleichzeitig beantrage ich, den Gesetzentwurf gemäß § 24 Abs. 2 Satz 1 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages sogleich an einen Ausschuss zu überweisen.

Federführend ist das Ministerium für Inneres und Sport.

Mit freundlichen Grüßen
Stephan Weil

Entwurf

**Niedersächsisches Kommunalinvestitionsförderungsgesetz
(NKInvFG)**

§ 1

(1) ¹Zur Stärkung der Investitionstätigkeit werden finanzschwachen niedersächsischen Kommunen (Landkreise, die Region Hannover und Gemeinden, soweit sie nicht Mitglieder von Samtgemeinden sind, sowie Samtgemeinden) in einem Sondervermögen des Bundes Finanzhilfen für Investitionen in Höhe von insgesamt 327 540 500 Euro zur Verfügung gestellt. ²Soweit nach diesem Gesetz Finanzschwäche gegeben ist, werden die Finanzhilfen den Kommunen als Investitionspauschale zugewiesen. ³Die Finanzhilfen werden für die Aufgaben der Landkreise an die Landkreise, die Region Hannover und die kreisfreien Städte (Kreisebene) und für die Aufgaben der Gemeinden an die Gemeinden, soweit sie nicht Mitglieder von Samtgemeinden sind, Samtgemeinden und kreisfreien Städte (Gemeindeebene) gezahlt.

(2) Finanzschwach im Sinne dieses Gesetzes sind Kommunen, die,

1. soweit sie Finanzhilfen der Gemeindeebene erhalten sollen, in den Jahren von 2011 bis 2013 jeweils eine die Steuerkraftmesszahl nach § 4 Abs. 3 des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich (NFAG) in der Fassung vom 14. September 2007 (Nds. GVBl. S. 466), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Dezember 2014 (Nds. GVBl. S. 477), übersteigende Bedarfsmesszahl nach § 4 Abs. 2 NFAG aufweisen,
2. soweit sie Finanzhilfen der Kreisebene erhalten sollen, in den Jahren 2011 bis 2013 jeweils eine die Umlagekraftmesszahl nach § 4 Abs. 3 NFAG übersteigende Bedarfsmesszahl nach § 4 Abs. 2 NFAG aufweisen oder
3. die in den Jahren 2011 bis 2013 mindestens einmal Bedarfszuweisungen nach § 13 NFAG bezogen haben.

(3) Die Höhe der individuellen Investitionspauschale der einzelnen Kommune ergibt sich aus der Spalte 1 der **Anlage**.

(4) Für die im Rahmen des § 3 durchgeführten Investitionen erhalten die finanzschwachen Kommunen Finanzhilfen für die ihnen in Rechnung gestellten oder von ihnen verausgabten Mittel unter Abzug des individuellen Eigenanteils nach § 2 bis zur Gesamthöhe der ihnen jeweils zustehenden individuellen Investitionspauschale.

§ 2

(1) Die Kommunen erbringen in Ergänzung der Investitionspauschale einen Eigenanteil von insgesamt 36 393 389 Euro.

(2) Die Höhe des von jeder Kommune individuell zu erbringenden Eigenanteils ergibt sich aus der Spalte 2 der Anlage.

(3) Soweit die individuelle Investitionspauschale von einer Kommune nicht in Anspruch genommen wird, verringert sich der von ihr zu erbringende Eigenanteil um denselben Prozentsatz.

§ 3

(1) ¹Die Investitionspauschale darf nur für Investitionsvorhaben, deren längerfristige Nutzung gesichert ist, verwendet werden. ²Bei der Einschätzung über die längerfristige Nutzung sind die absehbaren demografischen Entwicklungen zu berücksichtigen.

(2) ¹Die Investitionspauschale darf nur für solche Investitionsvorhaben genutzt werden, die nicht gleichzeitig nach anderen Gesetzen und Verwaltungsvereinbarungen als Anteilfinanzierung nach Artikel 104 b des Grundgesetzes oder nach Artikel 91 a des Grundgesetzes oder durch andere Förderprogramme des Bundes gefördert werden. ²Der Eigenanteil der kommunalen Körper-

schaften darf nicht durch EU-Mittel ersetzt werden. ³Auch dürfen die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel nicht zur Kofinanzierung von durch EU-Mittel geförderten Programmen genutzt werden.

(3) ¹Die Investitionspauschale ist ausschließlich für Investitionsvorhaben aus den in § 3 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG) vom . Mai 2015 (BGBl. I S.)¹ genannten Förderbereichen zu verwenden. ²Mindestens die Hälfte der Investitionspauschale soll bis zum 31. März 2017 gebunden werden.

(4) ¹Investitionsvorhaben können gefördert werden, wenn sie nach dem 30. Juni 2015 begonnen werden. ²Soweit Investitionsvorhaben schon vor dem 1. Juli 2015 begonnen wurden, aber noch nicht abgeschlossen sind, können dafür Mittel aus der Investitionspauschale herangezogen werden, wenn erklärt wird, dass es sich um selbstständige Abschnitte eines laufenden Investitionsvorhabens handelt. ³Die Erklärung ist im Nachweis nach § 5 Abs. 2 zu erbringen.

(5) Im Jahr 2019 kann die Investitionspauschale nur für Investitionsvorhaben eingesetzt werden, die bis zum 31. Dezember 2018 vollständig abgenommen wurden und die im Jahr 2019 vollständig abgerechnet werden.

(6) ¹Förderfähig sind auch Investitionsvorhaben bei denen sich die Kommune zur Erledigung der von ihr wahrzunehmenden Aufgaben über den Lebenszyklus des Vorhabens eines Privaten im Rahmen einer vertraglichen Zusammenarbeit bedient. ²Dabei kann sie dem privaten Vertragspartner für den investiven Kostenanteil des Vorhabens eine einmalige Vorabfinanzierung gewähren - im Folgenden: Vorabfinanzierungs-ÖPP (Öffentlich Private Partnerschaft). ³Voraussetzung einer solchen Gewährung für eine Vorabfinanzierungs-ÖPP ist

1. die Gewährleistung eines vorgeschalteten transparenten Beteiligungsverfahrens vor der Entscheidung durch die betreffenden politischen Gremien,
2. die Erstellung einer mittel- und langfristigen Bedarfsanalyse und einer Finanzplanung mit Darstellung der Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt,
3. die vertragliche Gewährleistung einer Kontrollfunktion durch die politischen Gremien und der kommunalen Verwaltung,
4. die Einhaltung und Dokumentation der geltenden sozialen und ökologischen Standards, entsprechend dem Niedersächsischem Tarifreue- und Vergabegesetz vom 31. Oktober 2013 (Nds. GVBl. S. 259),
5. die Gewährleistung, dass die Risikoverteilung nicht einseitig zulasten der öffentlichen Hand ausgestaltet wird.

⁴Fördermittel für derartige Vorabfinanzierungs-ÖPP können bis zum 31. Dezember 2019 beantragt werden, wenn bis zum 31. Dezember 2020 die Abnahme und Abrechnung des Investitionsvorhabens erfolgt.

(7) Auf die Förderung nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz ist auf Bauschildern und nach Fertigstellung in geeigneter Form hinzuweisen.

§ 4

(1) ¹Die Investitionspauschale wird zu festen Terminen an die kommunalen Körperschaften ausbezahlt. ²Dabei ist je Jahr mindestens ein Zahlungstermin vorzusehen.

(2) Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Verordnung

1. Zahlungstermine,
2. die Termine, zu denen die für die Auszahlung notwendigen Erklärungen nach § 5 Abs. 1 vorzulegen sind,
3. Aufbau und Gestaltung von Nachweisen und Erklärungen, auch in elektronischer Form, und

¹ Bereits beschlossen, jedoch noch nicht verkündet.

4. Form und Gestaltung des Hinweises nach § 3 Abs. 7 regeln.

(3) ¹Das für Inneres zuständige Ministerium kann ferner durch Verordnung auch die Verteilung von bis zum 30. Juni 2018 nicht abgerufenen individuellen Investitionspauschalen regeln, soweit eine Bindung der Mittel bis zum 31. Dezember 2018 nicht sichergestellt ist. ²Mittel der Investitionspauschale sollen im Fall einer Neuverteilung bevorzugt kommunalen Körperschaften zufallen, die

1. aufgrund einer ausgeprägten Finanzschwäche auf ihre individuelle Investitionspauschale geringe Eigenanteilsquoten zu erbringen haben und
2. bei den mit der Investitionspauschale geförderten Investitionsvorhaben den zu erbringenden Eigenanteil so weit überschritten haben, dass sie die geforderte Eigenanteilsquote auch nach Zuweisung von Mitteln aus der Neuverteilung noch erfüllen.

³Das für Inneres zuständige Ministerium ist berechtigt, Termine festzusetzen, zu denen die Verteilung nach Satz 1 vorgenommen werden darf. ⁴Die Vorschriften des § 3 Abs. 6 bleiben unberührt.

§ 5

(1) ¹Sollen Finanzhilfen abgerufen werden, so ist zu den nach § 4 Abs. 2 Nr. 2 festgelegten Terminen von den Kommunen eine Erklärung vorzulegen. ²Die Erklärung enthält folgende Angaben:

1. den Namen und den amtlichen Gemeindeschlüssel der Kommune,
2. die Versicherung, dass den Kommunen Rechnungen für Investitionsvorhaben im Rahmen dieses Gesetzes vorliegen, die zur Begleichung anstehen oder bereits beglichen wurden und für die sie noch keine Mittel aus der Investitionspauschale erhalten haben,
3. die Höhe des anzuweisenden Betrages und den kommunalen Eigenanteil an dieser Rechnung,
4. der Förderbereich nach § 3 KInvFG, dem das Investitionsvorhaben zuzuordnen ist,
5. gegebenenfalls die Erklärung, dass es sich um ein Investitionsvorhaben handelt, das als Vorabfinanzierungs-ÖPP nach § 3 Abs. 6 ausgeführt wird.

(2) ¹Die Kommunen haben innerhalb von drei Monaten nach der Auszahlung die Verwendung der Mittel nachzuweisen. ²Der Nachweis enthält folgende Angaben:

1. den Namen und den amtlichen Gemeindeschlüssel der Kommune,
2. soweit abweichend von Nummer 1: den Namen des Trägers des Investitionsvorhabens,
3. eine Kurzbeschreibung des Investitionsvorhabens,
4. den Förderbereich gemäß § 3 KInvFG, dem das Investitionsvorhaben zuzuordnen ist,
5. den Beginn des Investitionsvorhabens (Abschluss eines der Umsetzung dienenden rechtsverbindlichen Leistungs- oder Liefervertrags) sowie das Ende des Investitionsvorhabens (Abnahme aller Leistungen),
6. die Höhe des Investitionsvolumens, die förderfähigen Kosten, den kommunalbezogenen Anteil, die Höhe der Beteiligung des Bundes an der öffentlichen Finanzierung und die Finanzierungsbeiträge Dritter,
7. die Bestätigung, dass eine längerfristige Nutzung gemäß § 3 Abs. 1 erwartet wird sowie keine Doppelförderung im Sinne des § 3 Abs. 2 vorliegt, und
8. gegebenenfalls die Erklärung nach § 3 Abs. 4 Satz 2.

(3) Die Erklärung nach Absatz 1 und der Nachweis nach Absatz 2 sollen gemeinsam zum Termin nach § 4 Abs. 2 Nr. 2 vorgelegt werden.

(4) Bei einer Vielzahl gleichartiger Einzelvorhaben innerhalb eines Förderbereichs nach § 3 KInvFG, die für sich allein weder von grundsätzlicher Bedeutung sind noch die Grenze von 1 000 000 Euro übersteigen, enthält der Nachweis eine gemeinsame Kurzbeschreibung sowie die Anzahl der geförderten Maßnahmen und die Summen der in den Absätzen 1 und 2 genannten Beträge.

(5) ¹In Einzelfällen können weitergehende Nachweise verlangt werden. ²Ein unverhältnismäßiger Verwaltungsaufwand ist zu vermeiden.

§ 6

(1) ¹Die den kommunalen Körperschaften gewährten Finanzhilfen sind an das Land zurückzuzahlen, soweit

1. Investitionsvorhaben nicht den in § 3 KInvFG festgelegten Förderbereichen zuzuordnen sind,
2. die Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 Satz 2 oder Abs. 2 nicht vorliegen,
3. die Kommune in ihrer Erklärung nach § 5 Abs. 1 oder im Nachweis nach § 5 Abs. 2, 4 oder 5 unvollständige oder unrichtige Angaben macht oder
4. die Kommune den individuellen Eigenanteil nicht oder nicht in der durch § 2 Abs. 2 und 3 verlangten Höhe erbringt.

(2) ¹Dieser Anspruch ist vom Zeitpunkt seiner Entstehung an bis zur Rückzahlung in Höhe des Zinssatzes zu verzinsen, den der Bund für Kredite zur Deckung von Ausgaben zum Zeitpunkt der Entstehung des Anspruchs zu zahlen hatte. ²Dieser Zinssatz beträgt jedoch mindestens 0,1 Prozent jährlich. ³Zurückgeforderte Mittel können vorbehaltlich des § 3 Abs. 5 Satz 1 der Körperschaft erneut zur Verfügung gestellt werden.

(3) ¹Eine Rückforderung von Finanzhilfen nach Absatz 1 ist ausgeschlossen, wenn Rückforderungsansprüche nicht innerhalb von 18 Monaten nach Erhalt des Verwendungsnachweises nach § 5 Abs. 1 gegenüber der jeweiligen kommunalen Körperschaft geltend gemacht werden. ²Satz 1 gilt nicht, wenn nachträglich Tatsachen bekannt werden, die einen Rückforderungsanspruch begründen. ³In diesem Fall endet die Rückforderungsfrist mit Ablauf von 18 Monaten nach Bekanntwerden der Tatsache.

(4) Das Land kann seinen Rückforderungsanspruch mit Forderungen der Kommunen aufrechnen.

§ 7

Der Landesrechnungshof ist berechtigt, bei den Kommunen zu prüfen, ob die Investitionspauschale bestimmungsgemäß und den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprechend verwendet wurde.

§ 8

¹Für den Bereich einer Samtgemeinde wird die Investitionspauschale an die Samtgemeinde gezahlt. ²Ebenso ist der Eigenanteil durch die Samtgemeinde zu erbringen. ³Die Samtgemeinde kann die Investitionspauschale auch ganz oder teilweise an die Mitgliedsgemeinden weiterleiten.

§ 9

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2015 in Kraft.

Anlage
(zu § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 2)

Amtlicher Gemein- deschlüssel	Landkreise, Region, kreisfreie Städ- te, Gemeinden außerhalb von Samtgemeinden, Samtgemeinden	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Summe
		1	2	3
3610001001	Achim, Stadt	382 430,52	48 383,39	430 813,91
1520001001	Adelebsen, Flecken	83 429,81	6 279,11	89 708,92
3550001001	Adendorf	122 824,38	11 485,19	134 309,57
2520001001	Aerzen, Flecken	172 706,61	18 951,75	191 658,36
3585401	Ahlden, Samtgemeinde	90 699,88	9 993,85	100 693,73
2540002002	Alfeld (Leine), Stadt	576 662,37	59 332,36	635 994,73
2540003003	Algermissen	89 204,46	8 261,23	97 465,69
2515401	Altes Amt Lemförde, Samtgemeinde	0,00	0,00	0,00
3525401	Am Dobrock, Samtgemeinde	420 742,46	30 142,58	450 885,04
3555401	Amelinghausen, Samtgemeinde	106 584,63	8 500,74	115 085,37
451	Ammerland, Landkreis	1 407 302,07	175 070,90	1 582 372,97
3550049049	Amt Neuhaus	383 962,32	24 017,64	407 979,96
4510001001	Apen	137 485,05	11 019,99	148 505,04
3595401	Apensen, Samtgemeinde	91 507,40	8 571,76	100 079,16
4595401	Artland, Samtgemeinde	384 410,56	47 934,68	432 345,24
3605408	Aue, Samtgemeinde	393 714,38	29 157,65	422 872,03
2570003003	Auetal	89 288,17	6 649,82	95 937,99
4520001001	Aurich (Ostfr.), Stadt	0,00	0,00	0,00
452	Aurich, Landkreis	4 298 846,86	644 827,03	4 943 673,89
4560001001	Bad Bentheim, Stadt	209 760,97	22 063,47	231 824,44
4590003003	Bad Essen	190 306,25	23 994,89	214 301,14
3580008008	Bad Fallingb., Stadt	4 208 958,25	463 431,33	4 672 389,58
1550001001	Bad Gandersheim, Stadt	584 622,92	53 313,00	637 935,92
1560017017	Bad Grund (Harz)	537 315,52	35 250,11	572 565,63
1530002002	Bad Harzburg, Stadt	355 537,89	27 979,73	383 517,62
4590004004	Bad Iburg, Stadt	191 376,65	19 452,85	210 829,50
4590005005	Bad Laer	114 649,85	12 061,12	126 710,97
1560002002	Bad Lauterberg, Harz, Stadt	515 510,64	44 971,68	560 482,32
2520002002	Bad Münder am Deister, Stadt	626 001,80	50 415,35	676 417,15
2520003003	Bad Pyrmont, Stadt	296 364,13	27 696,40	324 060,53
4590006006	Bad Rothenfelde	87 893,66	7 556,21	95 449,87
1560003003	Bad Sachsa, Stadt	457 393,53	29 496,82	486 890,35
2540005005	Bad Salzdetfurth, Stadt	276 448,26	28 360,60	304 808,86
4510002002	Bad Zwischenahn	355 592,25	37 620,18	393 212,43
1585402	Baddeckenstedt, Samtgemeinde	150 621,06	12 016,05	162 637,11
4600001001	Bakum	58 003,78	7 657,85	65 661,63

Amtlicher Gemein- deschlüssel	Landkreise, Region, kreisfreie Städ- te, Gemeinden außerhalb von Samtgemeinden, Samtgemeinden	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Summe
		1	2	3
4520002002	Baltrum	71 107,26	10 666,09	81 773,35
3555402	Bardowick, Samtgemeinde	182 708,97	17 677,05	200 386,02
2515402	Barnstorf, Samtgemeinde	158 996,10	17 754,36	176 750,46
2410002002	Barsinghausen, Stadt	841 137,96	75 749,48	916 887,44
4530001001	Barßel	195 795,12	14 150,20	209 945,32
2510007007	Bassum, Stadt	188 217,81	20 961,67	209 179,48
4590008008	Belm	227 161,59	19 833,30	246 994,89
3510004004	Bergen, Stadt	4 112 159,75	390 176,82	4 502 336,57
4610001001	Berne	192 524,93	24 677,55	217 202,48
4595402	Bersenbrück, Samtgemeinde	451 686,06	41 218,62	492 904,68
3605407	Bevensen-Ebstorf, Samtgemeinde	529 357,81	42 735,44	572 093,25
2555401	Bevern, Samtgemeinde	92 401,32	6 199,58	98 600,90
3520059059	Beverstedt	313 660,54	22 787,58	336 448,12
3600004004	Bienenbüttel	109 161,24	14 038,90	123 200,14
3580002002	Bispingen	141 846,03	15 355,25	157 201,28
4590012012	Bissendorf	174 155,30	18 527,15	192 682,45
3550009009	Bleckede, Stadt	145 027,73	9 394,11	154 421,84
2540008008	Bockenem, Stadt	146 161,71	11 552,08	157 713,79
4550025025	Bockhorn	115 939,57	8 259,13	124 198,70
1550002002	Bodenfelde, Flecken	48 046,45	3 490,03	51 536,48
2555408	Bodenwerder-Polle, Samtgemeinde	217 414,63	17 961,46	235 376,09
2555403	Boffzen, Samtgemeinde	201 868,94	23 684,32	225 553,26
4590013013	Bohnte	156 437,24	15 164,79	171 602,03
1515401	Boldecker Land, Samtgemeinde	96 961,84	12 001,36	108 963,20
3580004004	Bomlitz	212 997,72	28 172,87	241 170,59
3525404	Börde Lamstedt, Samtgemeinde	297 640,51	24 873,96	322 514,47
4570002002	Borkum, Stadt	103 422,66	12 225,30	115 647,96
4530002002	Bösel	103 642,09	10 996,82	114 638,91
3575401	Bothel, Samtgemeinde	91 029,61	10 297,03	101 326,64
1520004004	Bovenden, Flecken	246 066,96	22 118,84	268 185,80
4610002002	Brake (Unterweser), Stadt	395 814,72	41 045,64	436 860,36
4590014014	Bramsche, Stadt	380 745,82	34 516,45	415 262,27
1530016016	Braunlage, Stadt	312 174,79	26 608,56	338 783,35
101	Braunschweig, Stadt	7 273 099,91	1 070 658,45	8 343 758,36
3570008008	Bremervörde, Stadt	228 711,97	21 273,93	249 985,90
1515402	Brome, Samtgemeinde	171 865,95	13 945,58	185 811,53
4525401	Brookmerland, Samtgemeinde	189 617,06	10 231,37	199 848,43
2515403	Bruchhausen-Vilsen, Samtgemeinde	198 295,36	17 307,56	215 602,92
3530005005	Buchholz i. d. Nordheide, Stadt	631 742,43	80 179,36	711 921,79

Amtlicher Gemein- deschlüssel	Landkreise, Region, kreisfreie Städ- te, Gemeinden außerhalb von Samtgemeinden, Samtgemeinden	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Summe
		1	2	3
2570009009	Bückeburg, Stadt	284 827,02	31 062,92	315 889,94
1540003003	Büddenstedt	158 867,33	7 943,37	166 810,70
4570024024	Bunde	93 971,98	8 430,72	102 402,70
2410003003	Burgdorf, Stadt	472 171,36	42 320,74	514 492,10
2410004004	Burgwedel, Stadt	0,00	0,00	0,00
4610003003	Butjadingen	85 136,38	6 715,70	91 852,08
3590010010	Buxtehude, Stadt	537 090,09	67 675,02	604 765,11
4530003003	Cappeln (Oldenburg)	77 972,04	7 283,32	85 255,36
351	Celle, Landkreis	2 741 151,05	327 657,43	3 068 808,48
3510006006	Celle, Stadt	2 532 563,10	344 303,95	2 876 867,05
1530018018	Clausthal-Zellerfeld	810 435,86	54 560,27	864 996,13
453	Cloppenburg, Landkreis	1 992 106,53	268 119,03	2 260 225,56
4530004004	Cloppenburg, Stadt	482 000,96	48 055,30	530 056,26
2520004004	Coppenbrügge, Flecken	210 164,06	17 138,28	227 302,34
1580006006	Cremlingen	135 733,12	11 760,22	147 493,34
352	Cuxhaven, Landkreis	4 519 868,62	268 652,36	4 788 520,98
3520011011	Cuxhaven, Stadt	7 433 126,07	790 299,96	8 223 426,03
3555403	Dahlenburg, Samtgemeinde	176 312,22	13 934,14	190 246,36
4600002002	Damme, Stadt	175 493,37	24 764,80	200 258,17
1550003003	Dassel, Stadt	216 429,95	17 584,58	234 014,53
2550008008	Delligsen, Flecken	113 943,49	9 347,16	123 290,65
401	Delmenhorst, Stadt	3 591 667,55	257 644,82	3 849 312,37
2540011011	Diekholzen	74 982,55	6 108,23	81 090,78
251	Diepholz, Landkreis	2 431 101,53	364 665,23	2 795 766,76
2510012012	Diepholz, Stadt	904 747,77	121 512,02	1 026 259,79
4600003003	Dinklage, Stadt	152 158,13	18 504,62	170 662,75
4590015015	Dissen am Teutoburger Wald, Stadt	0,00	0,00	0,00
4545401	Dörpen, Samtgemeinde	194 839,64	18 295,60	213 135,24
4520027027	Dornum	146 829,45	11 448,43	158 277,88
3610003003	Dörverden	146 026,08	9 871,93	155 898,01
4580003003	Dötlingen	0,00	0,00	0,00
1525401	Dransfeld, Samtgemeinde	321 153,04	29 169,63	350 322,67
3590013013	Drochtersen	175 357,18	15 356,03	190 713,21
1520007007	Duderstadt, Stadt	504 599,37	50 481,61	555 080,98
2545405	Duingen, Samtgemeinde	130 809,31	9 127,95	139 937,26
1570001001	Edemissen	146 450,55	13 558,57	160 009,12
4510004004	Edeweicht	239 977,95	23 944,89	263 922,84
2575401	Eilsen, Samtgemeinde	97 122,50	9 495,34	106 617,84
1550013013	Einbeck, Stadt	994 847,60	104 077,41	1 098 925,01

Amtlicher Gemein- deschlüssel	Landkreise, Region, kreisfreie Städ- te, Gemeinden außerhalb von Samtgemeinden, Samtgemeinden	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Summe
		1	2	3
3535401	Elbmarsch, Samtgemeinde	143 890,00	14 491,72	158 381,72
3545406	Elbtalaue, Samtgemeinde	1 063 860,92	79 848,23	1 143 709,15
1585407	Elm-Asse, Samtgemeinde	761 674,59	63 942,98	825 617,57
4610004004	Elsfleth, Stadt	199 277,30	22 529,45	221 806,75
2540014014	Elze, Stadt	129 324,40	13 496,07	142 820,47
402	Emden, Stadt	1 622 108,42	243 316,27	1 865 424,69
4565401	Emlichheim, Samtgemeinde	133 762,06	13 678,36	147 440,42
2520005005	Emmerthal	208 291,35	27 698,31	235 989,66
4540010010	Emsbüren	101 988,71	10 365,10	112 353,81
454	Emsland, Landkreis	3 242 762,15	486 414,32	3 729 176,47
4530005005	Emstek	0,00	0,00	0,00
3510025025	Eschede	286 295,70	19 846,18	306 141,88
2555409	Eschershausen-Stadtoldendorf, Samt- gemeinde	244 451,81	17 309,13	261 760,94
4625401	Esens, Samtgemeinde	215 826,41	15 463,24	231 289,65
4530006006	Essen (Oldenburg)	0,00	0,00	0,00
3510010010	Faßberg	225 228,85	17 640,69	242 869,54
3575402	Fintel, Samtgemeinde	88 275,81	6 871,84	95 147,65
3515402	Flotwedel, Samtgemeinde	269 519,38	21 173,61	290 692,99
2545401	Freden (Leine), Samtgemeinde	202 892,27	12 684,42	215 576,69
3595402	Fredenbeck, Samtgemeinde	152 217,23	13 250,47	165 467,70
4545402	Freren, Samtgemeinde	107 838,75	9 327,84	117 166,59
4620005005	Friedeburg	0,00	0,00	0,00
1520009009	Friedland	112 806,70	6 243,09	119 049,79
455	Friesland, Landkreis	1 558 183,68	91 048,02	1 649 231,70
4530007007	Friesoythe, Stadt	272 527,25	27 804,42	300 331,67
4595403	Fürstenau, Samtgemeinde	311 050,20	23 785,33	334 835,53
4580005005	Ganderkesee	374 526,61	40 674,17	415 200,78
2410005005	Garbsen, Stadt	956 461,60	92 769,31	1 049 230,91
4530008008	Garrel	161 034,38	15 708,13	176 742,51
3545403	Gartow, Samtgemeinde	54 432,08	4 849,86	59 281,94
4540014014	Geeste	112 843,20	13 483,80	126 327,00
3575403	Geestequelle, Samtgemeinde	70 459,27	5 201,44	75 660,71
3520062062	Geestland, Stadt	791 020,83	61 023,55	852 044,38
2410006006	Gehrden, Stadt	306 085,61	33 081,33	339 166,94
3555404	Gellersen, Samtgemeinde	149 349,08	11 927,30	161 276,38
4590019019	Georgsmarienhütte, Stadt	371 793,13	55 768,97	427 562,10
1525402	Gieboldehausen, Samtgemeinde	210 568,23	15 326,02	225 894,25
2540017017	Giesen	131 959,58	14 546,48	146 506,06

Amtlicher Gemein- deschlüssel	Landkreise, Region, kreisfreie Städ- te, Gemeinden außerhalb von Samtgemeinden, Samtgemeinden	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Summe
		1	2	3
151	Gifhorn, Landkreis	2 114 538,79	184 066,77	2 298 605,56
1510009009	Gifhorn, Stadt	653 757,30	70 579,26	724 336,56
4590034034	Glandorf	66 383,15	6 472,40	72 855,55
1520011011	Gleichen	105 844,17	8 304,78	114 148,95
3570016016	Gnarrenburg	100 841,72	7 306,51	108 148,23
4600004004	Goldenstedt	110 153,84	12 479,08	122 632,92
153	Goslar, Landkreis	3 602 195,23	280 439,72	3 882 634,95
1530017017	Goslar, Stadt	2 111 152,78	217 112,58	2 328 265,36
152	Göttingen, Landkreis	3 871 890,06	498 468,92	4 370 358,98
1520012012	Göttingen, Stadt	5 063 279,47	654 029,91	5 717 309,38
456	Grafschaft Bentheim, Landkreis	1 519 118,01	164 680,00	1 683 798,01
2565409	Grafschaft Hoya, Samtgemeinde	205 873,66	24 570,19	230 443,85
3560002002	Grasberg	118 264,89	11 904,72	130 169,61
1545401	Grasleben, Samtgemeinde	242 276,09	28 860,70	271 136,79
2545402	Gronau (Leine), Samtgemeinde	269 406,46	25 983,46	295 389,92
4520006006	Großefehn	287 778,58	22 980,28	310 758,86
4580007007	Großenkneten	194 100,95	24 255,11	218 356,06
4520007007	Großheide	118 328,24	5 916,41	124 244,65
4525403	Hage, Samtgemeinde	160 557,49	9 584,31	170 141,80
4590020020	Hagen am Teutoburger Wald	150 273,04	11 904,60	162 177,64
3520060060	Hagen im Bremischen	368 142,26	29 603,64	397 745,90
3565401	Hambergen, Samtgemeinde	132 437,86	9 127,39	141 565,25
3510012012	Hambühren	156 665,98	15 292,08	171 958,06
2520006006	Hameln, Stadt	1 902 975,02	244 169,79	2 147 144,81
252	Hameln-Pyrmont, Landkreis	3 901 830,69	452 107,98	4 353 938,67
1515403	Hankensbüttel, Samtgemeinde	150 985,29	14 759,15	165 744,44
1520016016	Hann. Münden, Stadt	1 236 269,26	144 574,16	1 380 843,42
2410001001	Hannover, Landeshauptstadt	11 349 482,47	1 702 422,37	13 051 904,84
241	Hannover, Region	25 422 967,66	3 813 445,15	29 236 412,81
3535402	Hanstedt, Samtgemeinde	159 310,83	16 479,27	175 790,10
353	Harburg, Landkreis	3 303 776,09	489 655,87	3 793 431,96
1550005005	Hardeggen, Stadt	145 945,74	12 668,97	158 614,71
4540018018	Haren (Ems), Stadt	227 542,66	27 963,49	255 506,15
4585401	Harpstedt, Samtgemeinde	121 116,81	12 787,78	133 904,59
3595403	Harsefeld, Samtgemeinde	247 136,59	22 090,63	269 227,22
2540020020	Harsum	133 011,44	15 790,89	148 802,33
4590021021	Hasbergen	127 247,06	16 546,45	143 793,51
4540019019	Haselünne, Stadt	130 061,19	12 597,19	142 658,38
4580009009	Hatten	161 278,71	13 298,92	174 577,63

Amtlicher Gemein- deschlüssel	Landkreise, Region, kreisfreie Städ- te, Gemeinden außerhalb von Samtgemeinden, Samtgemeinden	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Summe
		1	2	3
1565402	Hattorf am Harz, Samtgemeinde	268 579,01	18 246,73	286 825,74
2565402	Heemsen, Samtgemeinde	79 430,52	5 419,25	84 849,77
1545402	Heeseberg, Samtgemeinde	153 496,30	13 345,92	166 842,22
358	Heidekreis, Landkreis	2 407 241,67	211 556,55	2 618 798,22
154	Helmstedt, Landkreis	4 124 286,34	206 214,32	4 330 500,66
1540010010	Helmstedt, Stadt	838 530,83	79 994,74	918 525,57
2410007007	Hemmingen, Stadt	276 836,90	31 955,01	308 791,91
3525407	Hemmoor, Samtgemeinde	372 474,01	26 100,78	398 574,79
1560009009	Herzberg am Harz, Stadt	427 274,68	47 080,76	474 355,44
4545403	Herzlake, Samtgemeinde	93 935,19	9 500,96	103 436,15
4575402	Hesel, Samtgemeinde	152 412,32	11 191,26	163 603,58
2520007007	Hessisch Oldendorf, Stadt	276 332,51	20 195,54	296 528,05
254	Hildesheim, Landkreis	5 591 036,78	572 766,17	6 163 802,95
2540021021	Hildesheim, Stadt	6 432 163,39	687 905,36	7 120 068,75
4590022022	Hilter am Teutoburger Wald	112 798,91	15 515,73	128 314,64
4520011011	Hinte	166 917,45	10 009,46	176 926,91
1570002002	Hohenhameln	123 297,26	16 196,52	139 493,78
4600005005	Holdorf	0,00	0,00	0,00
2540022022	Holle	101 678,50	8 506,65	110 185,15
3535403	Hollenstedt, Samtgemeinde	125 582,64	13 941,11	139 523,75
4625402	Holtriem, Samtgemeinde	125 436,20	9 984,53	135 420,73
255	Holzminden, Landkreis	2 394 464,35	281 836,31	2 676 300,66
2550023023	Holzminden, Stadt	0,00	0,00	0,00
3595405	Horneburg, Samtgemeinde	149 582,46	16 084,34	165 666,80
4580010010	Hude (Oldenburg)	177 097,74	19 822,80	196 920,54
4520012012	Ihlow	315 738,60	28 551,23	344 289,83
3555405	Ilmenau, Samtgemeinde	125 027,45	10 270,84	135 298,29
157009009	Ilse	687 493,53	50 843,14	738 336,67
1515404	Isenbüttel, Samtgemeinde	169 237,55	18 852,96	188 090,51
2410008008	Isernhagen	0,00	0,00	0,00
4610005005	Jade	175 138,32	12 993,78	188 132,10
4570012012	Jemgum	45 204,81	6 780,72	51 985,53
3535404	Jesteburg, Samtgemeinde	121 224,85	13 237,49	134 462,34
4550007007	Jever, Stadt	210 859,46	18 178,69	229 038,15
3590028028	Jork	177 972,03	21 341,93	199 313,96
4575403	Jümme, Samtgemeinde	88 965,90	6 518,91	95 484,81
4520013013	Juist, Inselgemeinde	0,00	0,00	0,00
1550006006	Kalefeld	201 141,72	17 034,09	218 175,81
1550007007	Katlenburg-Lindau	87 342,48	7 487,65	94 830,13

Amtlicher Gemein- deschlüssel	Landkreise, Region, kreisfreie Städ- te, Gemeinden außerhalb von Samtgemeinden, Samtgemeinden	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Summe
		1	2	3
2515404	Kirchdorf, Samtgemeinde	97 179,83	11 644,25	108 824,08
3610005005	Kirchlinteln	117 710,34	12 008,09	129 718,43
1540013013	Königslutter am Elm, Stadt	826 665,06	61 817,97	888 483,03
4520014014	Krummhörn	164 784,46	18 060,18	182 844,64
2410009009	Laatzen, Stadt	1 056 891,19	109 575,14	1 166 466,33
3515403	Lachendorf, Samtgemeinde	197 544,06	16 633,37	214 177,43
2545403	Lamspringe, Samtgemeinde	115 554,78	11 199,58	126 754,36
3525410	Land Hadeln, Samtgemeinde	280 437,95	21 613,53	302 051,48
1530007007	Langelsheim, Stadt	270 297,65	30 713,86	301 011,51
2410010010	Langenhagen, Stadt	0,00	0,00	0,00
4620007007	Langeoog	109 723,63	16 458,54	126 182,17
3610006006	Langwedel, Flecken	166 845,83	14 450,21	181 296,04
4530009009	Lastrup	72 936,33	9 709,30	82 645,63
4545404	Lathen, Samtgemeinde	127 477,86	11 000,19	138 478,05
4570013013	Leer (Ostfriesland), Stadt	789 111,73	102 975,41	892 087,14
457	Leer, Landkreis	2 576 280,80	174 484,77	2 750 765,57
1540014014	Lehre	552 338,63	46 002,87	598 341,50
2410011011	Lehrte, Stadt	679 264,76	71 207,36	750 472,12
4610006006	Lemwerder	0,00	0,00	0,00
1570005005	Lengede	153 664,05	14 232,44	167 896,49
4545405	Lengerich, Samtgemeinde	87 206,52	8 381,78	95 588,30
2565405	Liebenau, Samtgemeinde	108 633,63	7 682,30	116 315,93
1530008008	Liebenburg	144 863,09	10 806,66	155 669,75
3560005005	Lilienthal	399 222,65	43 205,52	442 428,17
4530010010	Lindern (Oldenburg)	48 896,73	5 358,96	54 255,69
2575402	Lindhorst, Samtgemeinde	118 331,63	8 467,67	126 799,30
4540032032	Lingen (Ems), Stadt	597 379,59	89 606,94	686 986,53
4600006006	Lohne (Oldenburg), Stadt	0,00	0,00	0,00
4530011011	Löningen, Stadt	170 254,79	17 474,33	187 729,12
3520032032	Loxstedt	195 951,68	15 795,44	211 747,12
3545407	Lüchow (Wendland), Samtgemeinde	763 946,66	71 072,48	835 019,14
354	Lüchow-Dannenberg, Landkreis	3 759 128,56	235 561,70	3 994 690,26
3595406	Lühe, Samtgemeinde	121 796,58	12 253,20	134 049,78
3550022022	Lüneburg, Hansestadt	3 927 010,16	465 271,26	4 392 281,42
355	Lüneburg, Landkreis	4 432 568,48	406 592,67	4 839 161,15
1535401	Lutter am Barenberge, Samtgemeinde	74 950,30	5 704,77	80 655,07
2565406	Marklohe, Samtgemeinde	94 547,37	7 940,65	102 488,02
1515405	Meinersen, Samtgemeinde	259 472,35	19 336,68	278 809,03
4590024024	Melle, Stadt	513 351,38	66 679,84	580 031,22

Amtlicher Gemein- deschlüssel	Landkreise, Region, kreisfreie Städ- te, Gemeinden außerhalb von Samtgemeinden, Samtgemeinden	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Summe
		1	2	3
4540035035	Meppen, Stadt	381 576,51	48 255,34	429 831,85
2565410	Mittelweser, Samtgemeinde	217 711,13	18 100,65	235 811,78
4530012012	Molbergen	91 120,83	6 745,71	97 866,54
4570014014	Moormerland	297 944,08	19 599,07	317 543,15
1550009009	Moringen, Stadt	132 189,33	12 122,36	144 311,69
3580016016	Munster, Stadt	946 879,92	65 479,44	1 012 359,36
2575403	Nenndorf, Samtgemeinde	221 360,16	18 675,26	240 035,42
3530026026	Neu Wulmstorf	244 326,53	28 419,13	272 745,66
4565402	Neuenhaus, Samtgemeinde	230 034,73	26 066,44	256 101,17
3580017017	Neuenkirchen	69 213,50	6 628,91	75 842,41
4595404	Neuenkirchen, Samtgemeinde	107 875,18	10 389,12	118 264,30
4600007007	Neuenkirchen-Vörden	87 066,06	8 211,63	95 277,69
2410012012	Neustadt am Rübenberge, Stadt	581 743,88	67 051,02	648 794,90
2575404	Niedernwöhren, Samtgemeinde	98 793,46	7 041,58	105 835,04
256	Nienburg (Weser), Landkreis	2 019 363,94	215 590,05	2 234 953,99
2560022022	Nienburg (Weser), Stadt	638 823,15	67 932,26	706 755,41
2575405	Nienstädt, Samtgemeinde	128 931,50	10 459,76	139 391,26
1545403	Nord-Elm, Samtgemeinde	158 677,72	10 789,20	169 466,92
4520019019	Norden, Stadt	466 687,84	38 094,37	504 782,21
4610007007	Nordenham, Stadt	605 194,45	62 359,21	667 553,66
4520020020	Norderney, Stadt	0,00	0,00	0,00
4560015015	Nordhorn, Stadt	746 651,43	71 090,62	817 742,05
4545406	Nordhümmling, Samtgemeinde	150 152,79	10 207,19	160 359,98
3595407	Nordkehdingen, Samtgemeinde	144 678,82	11 305,39	155 984,21
2540026026	Nordstemmen	260 056,99	26 840,91	286 897,90
1550010010	Nörten-Hardenberg, Flecken	122 736,35	16 362,17	139 098,52
155	Northeim, Landkreis	3 820 593,97	357 288,38	4 177 882,35
1550011011	Northeim, Stadt	1 396 640,85	148 009,55	1 544 650,40
2570028028	Obernkirchen, Stadt	288 720,36	23 540,54	312 260,90
1585403	Oderwald, Samtgemeinde	261 822,14	18 586,44	280 408,58
403	Oldenburg (Oldenburg), Stadt	5 866 160,16	788 362,84	6 654 523,00
458	Oldenburg, Landkreis	1 440 775,75	200 273,86	1 641 049,61
3595409	Oldendorf-Himmelpforten, Samtge- meinde	219 529,92	17 420,74	236 950,66
459	Osnabrück, Landkreis	4 290 134,64	585 429,45	4 875 564,09
404	Osnabrück, Stadt	7 860 204,95	1 089 674,84	8 949 879,79
4590029029	Ostercappeln	174 245,04	11 375,02	185 620,06
356	Osterholz, Landkreis	1 965 611,82	169 838,00	2 135 449,82
3560007007	Osterholz-Scharmbeck, Stadt	988 515,25	90 309,31	1 078 824,56

Amtlicher Gemein- deschlüssel	Landkreise, Region, kreisfreie Städ- te, Gemeinden außerhalb von Samtgemeinden, Samtgemeinden	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Summe
		1	2	3
156	Osterode am Harz, Landkreis	2 916 766,83	252 933,37	3 169 700,20
1560011011	Osterode am Harz, Stadt	888 080,08	111 437,66	999 517,74
3555406	Ostheide, Samtgemeinde	132 896,82	10 266,82	143 163,64
4570017017	Ostrhauderfehn	156 194,73	10 020,63	166 215,36
3610008008	Ottersberg, Flecken	151 949,97	16 407,81	168 357,78
4610008008	Ovelgönne	118 298,72	9 164,48	127 463,20
3610009009	Oyten	175 579,49	22 107,69	197 687,18
4540041041	Papenburg, Stadt	478 490,22	47 171,05	525 661,27
1515406	Papenteich, Samtgemeinde	248 312,14	22 758,65	271 070,79
2410013013	Pattensen, Stadt	365 849,97	39 716,05	405 566,02
157	Peine, Landkreis	3 464 266,02	300 547,88	3 764 813,90
1570006006	Peine, Stadt	775 176,42	79 125,48	854 301,90
1525403	Radolfshausen, Samtgemeinde	77 617,50	5 760,29	83 377,79
4510005005	Rastede	232 628,45	26 088,73	258 717,18
2560025025	Rehburg-Loccum, Stadt	140 064,57	10 804,59	150 869,16
2515405	Rehden, Samtgemeinde	0,00	0,00	0,00
3585402	Rethem/Aller, Samtgemeinde	100 014,20	7 138,29	107 152,49
4570018018	Rhauderfehn	241 949,76	14 729,88	256 679,64
4540044044	Rhede (Ems)	42 617,71	3 758,67	46 376,38
2570031031	Rinteln, Stadt	468 961,10	48 776,50	517 737,60
3560008008	Ritterhude	382 195,83	42 858,35	425 054,18
2575406	Rodenberg, Samtgemeinde	205 583,16	17 363,61	222 946,77
2410014014	Ronnenberg, Stadt	890 025,58	81 697,50	971 723,08
3605404	Rosche, Samtgemeinde	138 755,87	10 219,78	148 975,65
1520021021	Rosdorf	224 099,74	20 351,55	244 451,29
3530029029	Rosengarten	140 944,45	18 034,27	158 978,72
357	Rotenburg (Wümme), Landkreis	1 836 744,55	196 427,27	2 033 171,82
3570039039	Rotenburg (Wümme), Stadt	304 371,28	31 874,15	336 245,43
2575407	Sachsenhagen, Samtgemeinde	110 751,29	7 430,32	118 181,61
4540045045	Salzbergen	0,00	0,00	0,00
102	Salzgitter, Stadt	7 609 482,48	1 092 094,15	8 701 576,63
3535405	Salzhausen, Samtgemeinde	163 662,53	16 967,80	180 630,33
2520008008	Salzhemmendorf, Flecken	218 853,97	15 425,76	234 279,73
4550014014	Sande	172 454,82	14 037,89	186 492,71
2540028028	Sarstedt, Stadt	273 844,92	31 510,25	305 355,17
1510025025	Sassenburg	130 241,93	9 437,39	139 679,32
4530013013	Saterland	197 478,94	18 201,58	215 680,52
3555407	Scharnebeck, Samtgemeinde	182 211,13	14 309,13	196 520,26
257	Schaumburg, Landkreis	4 852 614,26	346 714,82	5 199 329,08

Amtlicher Gemein- deschlüssel	Landkreise, Region, kreisfreie Städ- te, Gemeinden außerhalb von Samtgemeinden, Samtgemeinden	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Summe
		1	2	3
3570041041	Scheeßel	145 062,72	13 624,93	158 687,65
2540029029	Schellerten	97 610,03	7 380,88	104 990,91
3520050050	Schiffdorf	164 401,14	13 551,87	177 953,01
1580039039	Schladen-Werla	398 699,63	41 638,96	440 338,59
3580019019	Schneverdingen, Stadt	292 887,44	23 400,53	316 287,97
1540019019	Schöningen, Stadt	923 421,76	46 171,09	969 592,85
4550015015	Schortens, Stadt	289 657,90	20 425,43	310 083,33
4565403	Schüttorf, Samtgemeinde	169 637,41	18 412,21	188 049,62
2515406	Schwaförden, Samtgemeinde	81 784,31	6 074,89	87 859,20
3560009009	Schwanewede	1 681 088,17	151 451,47	1 832 539,64
3585403	Schwarmstedt, Samtgemeinde	168 108,84	14 688,47	182 797,31
2410015015	Seelze, Stadt	1 400 188,21	122 194,30	1 522 382,51
1530012012	Seesen, Stadt	320 809,43	30 312,19	351 121,62
3530031031	Seevetal	484 847,90	67 355,21	552 203,11
2410016016	Sehnde, Stadt	278 313,22	29 185,07	307 498,29
3575404	Selsingen, Samtgemeinde	408 904,37	36 591,71	445 496,08
2545404	Sibbesse, Samtgemeinde	115 893,53	7 994,62	123 888,15
1585406	Sicke, Samtgemeinde	113 762,54	8 803,08	122 565,62
2515407	Siedenburg, Samtgemeinde	53 967,69	4 920,58	58 888,27
3575405	Sittensen, Samtgemeinde	114 336,89	13 052,91	127 389,80
4545407	Sögel, Samtgemeinde	168 585,56	21 243,85	189 829,41
2540032032	Söhlde	110 530,83	9 694,68	120 225,51
3580021021	Soltau, Stadt	673 549,02	77 652,66	751 201,68
3575406	Sottrum, Samtgemeinde	168 083,25	16 057,83	184 141,08
4545408	Spelle, Samtgemeinde	119 767,29	17 965,09	137 732,38
4620014014	Spiekeroog	0,00	0,00	0,00
2410017017	Springe, Stadt	430 472,19	39 783,68	470 255,87
3590038038	Stade, Hansestadt	1 263 611,60	156 004,86	1 419 616,46
359	Stade, Landkreis	3 588 506,52	444 761,36	4 033 267,88
4610009009	Stadland	96 510,02	12 130,21	108 640,23
2570035035	Stadthagen, Stadt	381 785,81	34 196,47	415 982,28
1520026026	Staufenberg	192 108,10	15 933,48	208 041,58
2565407	Steimbke, Samtgemeinde	91 489,59	9 540,02	101 029,61
4600008008	Steinfeld (Oldenburg)	104 944,43	14 391,33	119 335,76
3530032032	Stelle	119 383,75	12 834,16	132 217,91
2560030030	Steyerberg, Flecken	66 340,58	9 951,09	76 291,67
2510037037	Stuhr	359 627,95	53 944,19	413 572,14
4520023023	Südbrookmerland	296 029,61	16 948,85	312 978,46
3605405	Suderburg, Samtgemeinde	163 171,61	13 946,60	177 118,21

Amtlicher Gemein- deschlüssel	Landkreise, Region, kreisfreie Städ- te, Gemeinden außerhalb von Samtgemeinden, Samtgemeinden	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Summe
		1	2	3
3510026026	Südheide	305 765,26	26 131,95	331 897,21
2510040040	Sulingen, Stadt	183 582,53	23 289,79	206 872,32
2510041041	Syke, Stadt	286 114,99	32 608,66	318 723,65
3575407	Tarmstedt, Samtgemeinde	115 330,44	9 423,61	124 754,05
3615401	Thedinghausen, Samtgemeinde	170 505,23	15 236,14	185 741,37
3535406	Tostedt, Samtgemeinde	321 370,14	26 703,34	348 073,48
4540054054	Twist	152 341,31	15 446,30	167 787,61
2510042042	Twistringen, Stadt	148 711,85	14 422,14	163 133,99
2565408	Uchte, Samtgemeinde	186 722,29	22 194,51	208 916,80
4565404	Uelsen, Samtgemeinde	122 352,82	13 620,73	135 973,55
360	Uelzen, Landkreis	2 971 303,41	305 095,97	3 276 399,38
3600025025	Uelzen, Stadt	1 281 590,55	164 631,72	1 446 222,27
2410018018	Uetze	765 588,14	75 077,76	840 665,90
4570020020	Uplengen	139 088,90	13 350,37	152 439,27
1550012012	Uslar, Stadt	490 501,06	41 056,98	531 558,04
4550026026	Varel, Stadt	653 267,35	64 654,52	717 921,87
1570007007	Vechede	186 197,04	16 453,87	202 650,91
460	Vechta, Landkreis	1 505 559,61	225 833,94	1 731 393,55
4600009009	Vechta, Stadt	397 475,87	59 621,38	457 097,25
1545404	Velpke, Samtgemeinde	178 208,07	13 109,67	191 317,74
3610012012	Verden (Aller), Stadt	0,00	0,00	0,00
361	Verden, Landkreis	1 648 226,29	247 233,94	1 895 460,23
4600010010	Visbek	0,00	0,00	0,00
3570051051	Visselhövede, Stadt	346 350,43	32 600,21	378 950,64
2510044044	Wagenfeld	77 673,82	7 150,11	84 823,93
1565403	Walkenried, Samtgemeinde	463 817,93	30 858,09	494 676,02
4590033033	Wallenhorst	247 153,07	26 326,23	273 479,30
3580022022	Walsrode, Stadt	391 372,29	36 274,23	427 646,52
4550020020	Wangerland	214 102,04	18 007,93	232 109,97
4550021021	Wangerooge, Nordseebad	151 819,81	22 772,97	174 592,78
4580013013	Wardenburg	183 631,87	23 020,99	206 652,86
3515404	Wathlingen, Samtgemeinde	456 404,87	44 641,52	501 046,39
2410019019	Wedemark	461 207,44	50 060,04	511 267,48
4570021021	Weener, Stadt	284 141,00	20 368,17	304 509,17
1570008008	Wendeburg	109 822,86	9 655,04	119 477,90
2410020020	Wennigsen (Deister)	385 709,45	36 350,87	422 060,32
4545409	Werlte, Samtgemeinde	196 050,90	21 402,42	217 453,32
1515407	Wesendorf, Samtgemeinde	207 400,62	14 597,82	221 998,44
461	Wesermarsch, Landkreis	3 375 110,52	506 266,58	3 881 377,10

Amtlicher Gemein- deschlüssel	Landkreise, Region, kreisfreie Städ- te, Gemeinden außerhalb von Samtgemeinden, Samtgemeinden	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Summe
		1	2	3
4510007007	Westerstede, Stadt	275 657,25	33 892,35	309 549,60
4570022022	Westoverledingen	259 961,30	15 084,45	275 045,75
2510047047	Weyhe	334 112,84	41 102,29	375 215,13
4510008008	Wiefelstede	176 644,47	19 128,54	195 773,01
4520025025	Wiesmoor, Stadt	192 200,66	15 566,87	207 767,53
4560025025	Wietmarschen	109 046,88	10 803,34	119 850,22
3510023023	Wietze	204 666,07	15 158,74	219 824,81
3580023023	Wietzendorf	71 034,17	5 652,54	76 686,71
4580014014	Wildeshausen, Stadt	241 414,54	25 542,24	266 956,78
405	Wilhelmshaven, Stadt	4 470 036,80	339 226,63	4 809 263,43
3510024024	Winsen (Aller)	184 172,17	14 666,83	198 839,00
3530040040	Winsen (Luhe), Stadt	475 668,50	46 895,37	522 563,87
1510040040	Wittingen, Stadt	156 436,28	17 638,67	174 074,95
462	Wittmund, Landkreis	811 914,24	81 076,46	892 990,70
4620019019	Wittmund, Stadt	487 936,31	38 883,76	526 820,07
158	Wolfenbüttel, Landkreis	2 652 200,32	257 178,71	2 909 379,03
1580037037	Wolfenbüttel, Stadt	802 148,02	93 576,12	895 724,14
103	Wolfsburg, Stadt	1 481 567,17	222 235,08	1 703 802,25
3560011011	Worpswede	284 764,72	25 368,24	310 132,96
2410021021	Wunstorf, Stadt	515 069,13	58 436,74	573 505,87
3520061061	Wurster Nordseeküste	907 770,99	62 575,09	970 346,08
4550027027	Zetel	153 341,41	10 943,80	164 285,21
3575408	Zeven, Samtgemeinde	266 269,87	39 829,57	306 099,44

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Anlass und Ziele des Gesetzentwurfs

Das Niedersächsische Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (NKInvFG) regelt die Weiterleitung der Mittel aus dem Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz - KInvFG). Mit diesem Programm zur Investitionsförderung soll ein Beitrag zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft im Bundesgebiet geleistet werden. Der Gesetzentwurf orientiert sich stark an den Regelungen des Niedersächsischen Zukunftsinvestitionsgesetzes vom 6. März 2009 (Nds. GVBl. S. 52). Mit diesem Gesetz erfolgte die Umsetzung der pauschalen Finanzhilfen aus dem sogenannten Konjunkturpaket II des Bundes (dort im Zukunftsinvestitionsgesetz vom 2. März 2009 [BGBl. I S. 416, 428], zuletzt geändert durch Artikel 3 b des Gesetzes vom 27. Mai 2010 [BGBl. I S. 671]). Aufgrund der positiven Erfahrung wurde das Modell in weiten Teilen übernommen. Lediglich dort, wo das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz ab-

weichende Bestimmungen vorsieht, sowie in der redaktionellen Ausgestaltung wurden kleinere Änderungen vorgenommen.

Den finanzschwachen niedersächsischen Landkreisen und Gemeinden werden Mittel des Bundes in Höhe von 327 540 500 Euro als Finanzhilfen pauschal in Form einer Investitionspauschale zur Verfügung gestellt. Die Kommunen werden verpflichtet, bei der Inanspruchnahme der Mittel in ihrer Gesamtheit 36 393 389 Euro als Eigenanteil zu investieren.

Die Mittel werden vollständig an die Kommunen weitergeleitet. Die Mittelverteilung orientiert sich an den auch vom Bund verwandten Bedürftigkeitsmerkmalen finanzschwacher Kommunen. Hierbei wird ein Teilbetrag von etwa 4,6 % der Finanzhilfen in Höhe von 15 Millionen Euro dafür reserviert, den überproportional vom Abzug der Bundeswehr und der britischen Stationierungsstreitkräfte (Konversion) betroffenen Gemeinden eine angemessene Finanzhilfe für die notwendigen Investitionen zur Bewältigung dieser Herausforderung zur Verfügung zu stellen. Überschreitet der aufgrund des Investitionsbedarfs aus der Konversion anerkannte Bedarf den aus den Kriterien des Bundes ermittelten Finanzbedarf des Hauptansatzes, entfällt eine Dotierung aus dem Hauptansatz und höhere Finanzhilfen aus dem Konversionsansatz werden gewährt.

Ansonsten werden die Finanzhilfen, abzüglich des für die Konversion reservierten Betrages, zwischen der Kreisebene (Landkreise und kreisfreie Städte) und der Gemeindeebene (kreisfreie Städte, Gemeinden, soweit sie nicht Mitgliedsgemeinden von Samtgemeinden sind und Samtgemeinden) hälftig aufgeteilt.

Für die Aufteilung unter den Kommunen wird ein Verteilungsschlüssel aus drei Kriterien gebildet. Dies sind die Anzahl der Einwohner jeweils zum 30. Juni des Jahres, die Höhe der Kassenkreditbestände der Kommunen zusammen jeweils zum 31. Dezember des Jahres sowie die Anzahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt. Für jedes Kriterium wurde der Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013 gebildet und dieser im Verhältnis zum jeweiligen Gesamtwert der Kreis- oder Gemeindeebene für jede Kommune als Prozentanteil errechnet. Mit dieser Vorgehensweise wird die vom Bund praktizierte Herangehensweise zur Verteilung der Mittel an die Länder übernommen.

Bei der Bemessung des im Einzelfall jeweils zu leistenden kommunalen Eigenanteils haben steuereinnahmestarke Kommunen einen größeren Anteil als steuereinnahmeschwache zu leisten. Der Eigenanteil der steuereinnahmeschwächsten kommunalen Körperschaft beträgt jeweils nicht mehr als 5 Prozent und der der steuereinnahmestärksten Körperschaft nicht mehr als 15 Prozent. Bei der Berechnung der Steuereinnahmekraft wird der Durchschnittswert der amtlichen Statistik aus den Jahren 2011, 2012 und 2013 zugrunde gelegt. Damit wird auch finanzschwachen Kommunen, die gegebenenfalls die zu erbringenden Eigenanteile durch Kredite zu finanzieren haben, eine Teilnahme am Programm ermöglicht.

Insgesamt darf der kommunale Eigenanteil der Kreis- und der Gemeindeebene jeweils 10 Prozent nicht unterschreiten. Die im Rahmen dieses Programms jeweils anfallenden Eigenanteile werden - auch mit Blick auf gegebenenfalls notwendig werdende Kreditaufnahmen - von der Kommunalaufsicht mitgetragen.

Damit wird eine unbürokratische und flexible Abwicklung der Pauschalzuweisungen an die Kommunen ohne unnötigen Verwaltungsaufwand und unter Wahrung der Vorgaben des Bundes (zügige Wirksamkeit und Nachhaltigkeit) ermöglicht. Zugleich wird den kommunalen Körperschaften ein größtmöglicher Spielraum bei der Verwendung der Mittel gewährt werden.

II. Auswirkungen auf die Umwelt, auf Menschen mit Behinderungen, auf Familien sowie auf die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern

Keine

III. Voraussichtliche Kosten und haushaltsmäßige Auswirkungen

Durch das Niedersächsische Kommunalinvestitionsförderungsgesetz entstehen dem Land im Bereich der Finanzzuweisungen für finanzschwache Kommunen keine Kosten, da sich das Land mit keinen eigenen Mitteln am Programm des Bundes beteiligt.

Das Land trägt jedoch die operativen Kosten der Umsetzung in Form von Personalkosten und Kosten für die informationstechnische Unterstützung des Förderprogramms. Personalkosten entstehen in Höhe von einer halben Stelle A 12 und einer Stelle A 9, die aus dem Personalbudget des Ministeriums für Inneres und Sport erwirtschaftet werden. Die Kosten für die IT belaufen sich auf einmalige Herstellungskosten in Höhe von 50 000 Euro sowie auf laufende Kosten in Höhe von 5 000 Euro jährlich bis zum Jahr 2020, insgesamt 22 500 Euro, die ebenfalls aus dem Einzelplan 03 erwirtschaftet werden.

IV. Wesentliches Ergebnis der Gesetzesfolgenabschätzung

Eine Gesetzesfolgenabschätzung konnte entfallen, da es sich bei dem Gesetz um ein Finanzierungsgesetz für die Kommunen handelt.

Derartige Gesetze sind dem (Landes-)Haushaltsgesetz vergleichbar.

V. Ergebnis der Verbandsbeteiligung

Im Rahmen der Verbandsbeteiligung hat die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände eine Stellungnahme vorgelegt. Sie begrüßt die beabsichtigte zeitnahe Umsetzung und lobt die Absicht des Gesetzentwurfs, den Kommunen im Rahmen des Bundesrechts möglichst weitgehende Entscheidungsfreiheit zu überlassen. Einwände zum Gesetzentwurf werden nicht vorgebracht.

B. Besonderer Teil

Zu § 1:

Absatz 1 stellt die absolute Höhe der durch dieses Gesetz pauschal zu verteilenden Finanzhilfen fest. Der vom Bund bereitgestellte Betrag wird vollständig weitergeleitet. Festgestellt wird außerdem, dass den Kommunen individuelle Investitionspauschalen zur Verfügung gestellt werden, wobei die Kreis- und die Gemeindeebene einen eigenen Anteil der Finanzhilfen erhalten. Die Zusammensetzung der jeweiligen Ebenen wird ebenfalls erläutert.

Finanzhilfen erhalten ausschließlich finanzschwache Kommunen. Dies entspricht der Vorgabe des Bundes aus den §§ 1 und 6 KInvFG. Nach der in Absatz 2 vorgenommenen Definition, die der Definition der sogenannten Abundanz des kommunalen Finanzausgleichs entspricht (Kommune erhält keine Schlüsselzuweisungen, weil ihre Finanzkraft ihren Bedarf übersteigt), sind für Niedersachsen damit 22 Kommunen vom Bezug von Finanzhilfen auf Gemeindeebene ausgeschlossen. Auf Kreisebene erfüllt keine Kommune die Ausschlusskriterien, sodass dort jede Kommune Finanzhilfen erhält. Nicht finanzschwach sind:

Schlüsselnummer	Name
1	2
2515401	Altes Amt Lemförde, Samtgemeinde
4520001001	Aurich (Ostfr.), Stadt
2410004004	Burgwedel, Stadt
4590015015	Dissen am Teutoburger Wald, Stadt
4580003003	Dötlingen
4530005005	Emstek
4530006006	Essen (Oldenburg)
4620005005	Friedeburg
4600005005	Holdorf
2550023023	Holzminden, Stadt
2410008008	Isernhagen
4520013013	Juist, Inselgemeinde
2410010010	Langenhagen, Stadt
4610006006	Lemwerder

Schlüsselnummer	Name
1	2
460006006	Lohne (Oldenburg), Stadt
4520020020	Norderney, Stadt
2515405	Rehden, Samtgemeinde
4540045045	Salzbergen
4620014014	Spiekeroog
3610012012	Verden (Aller), Stadt
4600010010	Visbek
103	Wolfsburg, kreisfreie Stadt (nur auf Gemeindeebene)

Tabelle 1: Abundante Kommunen

Eine Besonderheit stellt insofern die kreisfreie Stadt Wolfsburg dar. Soweit es ihre Funktion als Gemeinde betrifft, erfüllt sie die Kriterien der Finanzschwäche nicht. Sie hat daher keinen Anspruch auf Finanzhilfen für ihre Aufgaben auf Gemeindeebene. Als kreisfreie Stadt nimmt sie jedoch auch Aufgaben auf Kreisebene wahr. Im Vergleich der Kreise war sie jedoch nicht im Zeitraum von 2011 bis 2013 abundant, sodass ihr Finanzhilfen aus dieser Teilmasse gewährt werden.

Absatz 3 verweist auf eine Anlage zum Gesetz, in der die Höhe der individuellen Investitionspauschale für jede kommunale Körperschaft ausgewiesen wird. Bei der Berechnung der Beträge sind die bereits in der allgemeinen Begründung dargestellten Kriterien eingeflossen:

- Um der besonderen Herausforderung zu begegnen, vor die einzelne Kommunen mit dem Abzug der britischen Streitkräfte und der Bundeswehr gestellt sind, wird ein Betrag in Höhe von 15 Millionen Euro in Form eines Konversionsansatzes vorab solchen Kommunen zur Verfügung gestellt, die von dem Abzug im Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit, ihrer Größe ihrer städtebaulichen und wirtschaftlichen Struktur am stärksten betroffen sind. Ermittelt wird diese Betroffenheit durch die Auswertung des Verlustes an Arbeitsplätzen und Dienstposten, des Einwohnerverlustes insgesamt sowie der quantitativ und qualitativ bewerteten, frei werdenden und noch nicht für eine angemessene Nachnutzung vorgesehenen Fläche. Damit wurden die Größe des Truppenabzugs, seine demografische und ökonomische Dimension und die damit verbundenen raumstrukturellen und städtebaulichen Herausforderungen abgebildet. Finanzhilfen aus dem Konversionsansatz werden nicht zusätzlich zu den Finanzhilfen aus dem Hauptansatz gewährt. Im Wege einer Günstigkeitsprüfung wird der höhere Betrag ermittelt. Dieser höhere Betrag steht den Kommunen letztlich als Investitionspauschale zur Verfügung. Dadurch ist sichergestellt, dass die 15 Millionen Euro in erster Linie für die Kommunen bereitgestellt werden, die asymmetrisch von der Konversion betroffen sind, wo also die Auswirkungen im Verhältnis zu Leistungsfähigkeit, Einwohnerzahl, Fläche und Struktur besonders schwerwiegende Auswirkungen haben. Nach der Auswertung haben nachstehende Kommunen einen deutlich höheren Anspruch aus Finanzhilfen aus dem Konversionsansatz. Diese Kommunen werden daher im Hauptansatz nicht berücksichtigt.

Schlüsselnummer	Name
1	2
3580008008	Bad Fallingb.ostel, Stadt
3510004004	Bergen, Stadt
2510012012	Diepholz, Stadt
2520006006	Hamel, Stadt
3580016016	Munster, Stadt
3570039039	Rotenburg (Wümme), Stadt
3560009009	Schwanewede
3570051051	Visselhövede, Stadt

Schlüsselnummer	Name
1	2
4620019019	Wittmund, Stadt

Tabelle 2: Kommunen mit Finanzhilfen aus dem Konversionsansatz

2. Der abzüglich des Konversionsansatzes verbleibende Betrag in Höhe von 312 540 500 Euro wird zu jeweils 50 Prozent auf die Kreis- und Gemeindeebene aufgeteilt. Die Gemeinden, die Finanzhilfen aus dem Konversionsansatz erhalten, finden bei dieser Verteilung keine Berücksichtigung.
3. Getrennt nach den Kommunen auf Kreis- und Gemeindeebene wurde der Verteilungsschlüssel entsprechend dem Vorgehen des Bundes aus drei Kriterien gebildet. Dies sind die Anzahl der Einwohner jeweils zum 30. Juni des Jahres, die Höhe der Kassenkreditbestände der Kommunen zusammen jeweils zum 31. Dezember des Jahres sowie die Anzahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt. Für jedes Kriterium wurde der Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013 gebildet und dieser im Verhältnis zum Wert für die Kreis- und Gemeindeebene Niedersachsens für jedes Mitglied der Kreis- und der Gemeindeebene als Prozentanteil errechnet. Da einerseits noch nicht für alle Kriterien aktuelle Daten in der notwendigen Validität vorliegen und andererseits der Bund für seine Auswertung auch auf diesen Zeitraum zurückgegriffen hat, wurde im Interesse der Einheitlichkeit der Datenbasis auf die Werte der Jahre 2011 bis 2013 zurückgegriffen. Dadurch ist auch die im Rahmen des Zukunftsvertrages bei einigen Kommunen erfolgte Entschuldung von Kassenkrediten adäquat abgebildet.
4. Aufgrund der unterschiedlichen Struktur mussten zur Ergänzung der Bundeskriterien einige Modifikationen vorgenommen werden. Die Kassenkredite der kreisfreien Städte wurden im Anteilsverhältnis der Gemeinde- und Kreisebene (50:50) zur Ermittlung des Anteils der kreisfreien Städte an den Finanzhilfen herangezogen. Der den Städten mit Sonderstatus, Göttingen und Landeshauptstadt Hannover, zustehende Anteil an Finanzhilfen der Kreisebene wurde über den Dreijahresschnitt der jeweiligen Schlüsselzuweisungen für Aufgaben der Landkreise in den Jahren 2011 bis 2013 abgeleitet. Die Stadt Göttingen erhält demnach 25 Prozent der Finanzhilfen des Landkreises Göttingen. Gleichzeitig hat die Stadt Göttingen mit einem entsprechenden Anteil ihrer Kassenkredite zur Ermittlung der Finanzhilfen des Landkreises Göttingen beizutragen. Da die Landeshauptstadt Hannover aufgrund der Regelungen des Ersten Abschnitts im Neunten Teil des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2014 (Nds. GVBl. S. 434), keinen Anteil der Kreisschlüsselzuweisungen erhält, findet auch kein Transfer von Finanzhilfen der Kreisebene von der Region Hannover an die Landeshauptstadt statt. Dementsprechend werden die Kassenkredite der Landeshauptstadt auch in voller Höhe zur Ermittlung der Finanzhilfen auf Gemeindeebene eingebracht.

Nach Absatz 4 werden die Mittel erst zugewiesen, wenn sie den kommunalen Körperschaften für Investitionen im Sinne des Gesetzes in Rechnung gestellt oder bereits verausgabt wurden. Diese Regelung ergibt sich zwingend aus der gesetzlichen Vorgabe des § 6 Abs. 2 Satz 2 KInvFG. Des Weiteren muss es sich bei den Ausgaben um Investitionen handeln und die kommunalen Körperschaften müssen einen Eigenanteil erbringen.

Zu § 2:

Der absolute von allen kommunalen Körperschaften gemeinsam zu erbringende Eigenanteil beträgt 36 393 389 Euro. Der individuelle Eigenanteil, der ebenfalls nach den vorstehend erläuterten Vorgaben berechnet wurde, ist in der Anlage zum Gesetz ausgewiesen. Nur zur Information ist die Summe der beiden Beträge dargestellt.

Die Berechnung des individuellen Eigenanteils basiert auf dem Dreijahresschnitt 2011 bis 2013 der der amtlichen Statistik entnommenen Steuereinnahmekraft je Einwohner der kommunalen Körperschaft (bei Landkreisen und Samtgemeinden auf der Summe der Steuereinnahmekraft ihrer kreisangehörigen oder Mitgliedsgemeinden). Die landesdurchschnittliche Steuereinnahmekraft je Einwohner ist dabei dem Wert 100 gleichgesetzt. Aus dem Verhältnis der individuellen Steuereinnah-

mekraft je Einwohner zur landesdurchschnittlichen Steuereinnahmekraft je Einwohner errechnen sich insoweit die Abweichungen zum Wert 100 (Verhältniswert).

Der Verhältniswert wird mit einem Steuerungsparameter multipliziert. Der Steuerungsparameter wird so festgelegt, dass sich eine landesdurchschnittliche Eigenanteilsquote von 10 Prozent ergibt.

Um auf der Kreisebene eine natürliche Spreizung des Eigenanteils von 5 bis 15 Prozent zu erreichen, ist der Verhältniswert mit 3 zu potenzieren. Um den Wert 100 werden die individuellen Werte der kommunalen Körperschaft dadurch gleichmäßig nach oben und nach unten gespreizt. Werte über 15 Prozent werden entsprechend gekappt, Werte unter 5 Prozent werden entsprechend heraufgesetzt. Diese Kappungen oder Heraufsetzungen werden bei der Festlegung des Steuerungsparameters berücksichtigt. Diese Vorgehensweise entspricht dem Verfahren bei der Abwicklung des Konjunkturpakets II.

Zu § 3:

Bei der Verwendung der Mittel sind das Land und die Kommunen an die Vorgaben des Bundes gebunden. Eine etwaige Auslegung dieser Vorschrift muss daher im Licht des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes des Bundes und der dazugehörigen Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern erfolgen.

Die Vorgaben des Bundes wurden grundsätzlich ohne zusätzliche Maßgaben übernommen. Der Förderbereich Informationstechnologie beschränkt sich nach § 3 Nr. 1 Buchst. d KInvFG auf ländliche Gebiete. Ländliche Gebiete werden, in Anlehnung an das Profil-Programm im ELER wie folgt definiert:

„Ländliches Gebiet in Niedersachsen ist das gesamte Landesgebiet außerhalb von Städten oder Gemeinden mit 75 000 oder mehr Einwohnern. Innerhalb dieser Städte und Gemeinden können ländlich geprägte Ortsteile gefördert werden, sofern diese nicht mehr als 150 Einwohner pro Quadratkilometer haben oder mindestens zwei Drittel ihrer Fläche land- und forstwirtschaftlich genutzt werden. Diese Ortsteile müssen eine Verbindung zum übrigen ländlichen Gebiet haben.“

Die in § 3 Nr. 1 Buchst. c KInvFG genannte Brachflächenrevitalisierung beinhaltet auch Maßnahmen zur Konversion. Die Investitionen in die städtebauliche Infrastruktur dienen auch der Unterstützung der Kommunen bei der Bewältigung von Standortaufgaben ausländischer Streitkräfte.

Absatz 6 eröffnet die Verwendung der Finanzhilfen auch für Investitionen im Wege Öffentlich-Privater-Partnerschaften (ÖPP). Er verlängert die zeitliche Begrenzung für Fälle von Vorabfinanzierungs-ÖPP um ein Jahr, da bei der Beschaffungsvariante ÖPP mit einem längeren Planungsvorlauf zu rechnen ist, der nicht zur Verwehrung der Finanzhilfen führen soll. Finanzhilfen nach Artikel 104 b des Grundgesetzes können nur im Rahmen ihrer Verwendung als einmalige Vorabfinanzierung für ÖPP-Realisierungen gewährt werden, da Finanzierungskosten über den Lebenszyklus von Investitionsvorhaben ebenso wie Betriebs- oder Instandhaltungskosten nicht förderfähig wären. Die Förderfähigkeit setzt voraus, dass die Investitionsausgaben auch tatsächlich im Förderzeitraum geleistet werden. Herkömmliche ÖPP-Projekte, bei denen eine langfristige private Vorfinanzierung erfolgt, die in der Betriebsphase über Entgelte langfristig abfinanziert wird, sind daher nicht förderfähig, soweit die anteiligen, ratierlichen Investitionsaufwendungen außerhalb des Förderzeitraums liegen.

Zu § 4:

Diese Vorschrift soll eine möglichst einfache, pragmatische und kostengünstige Abwicklung des Auszahlungsverfahrens gewährleisten. Da der Bund keine pauschale Auszahlung erlaubt, sondern diese frühestens zum Zeitpunkt der Begleichung erforderlicher Zahlungen gestattet, wird auf die vorliegende Lösung zurückgegriffen.

Würde zu jedem Zahlungsvorgang eine Zuweisung erfolgen, bedeutete dies bei etwa 400 niedersächsischen kommunalen Körperschaften und sehr zurückhaltend geschätzten sechs Zahlungsvorgängen pro Jahr und Körperschaft etwa 2 400 Verwaltungsvorgänge pro Jahr. Zusätzlich wären Rechnungs- und Nachweiskontrolle wahrzunehmen. Eine einfache, pragmatische und kostengünstige Abwicklung des Auszahlungsverfahrens wäre unmöglich.

Daher wird das Verfahren auf wenige Zahlungstermine im Jahr reduziert. Die kommunalen Körperschaften sammeln bis zu diesen Terminen die bereits von ihnen geleisteten Zahlungen im Rahmen der vom Niedersächsischen Zukunftsinvestitionsgesetz geförderten Maßnahmen. Diese Zahlungen werden mit den dazugehörigen Nachweisen in der Sammelmeldung vorgelegt. Das Land erstattet nach Prüfung (Budgetkontrolle, Eigenanteilskontrolle) die daraus resultierenden Beträge und erfüllt seinerseits seine Verpflichtungen gegenüber dem Bund (Melde- und Nachweispflichten).

Eine derart detaillierte Vorgabe würde das Gesetz überladen. Das für Inneres zuständige Ministerium erhält daher eine Verordnungsermächtigung zur Detailregelung des Verfahrens. Auch dies stellt eine analoge Verfahrensweise zum Konjunkturpaket II dar.

Zu § 5:

Die Vorschrift zum Nachweis der Verwendung bildet weitgehend die Vorgaben des Bundes ab. Ergänzungen sind nur insofern eingeflossen, als diese zur Abwicklung des landesinternen Verfahrens zwingend notwendig sind. Dazu gehört eine Bestätigung, dass die Mittel zur Begleichung erforderlicher Zahlungen benötigt wurden und dass keine Doppelförderung vorliegt.

Die Erklärung zum Zahlungstermin soll verhindern, dass tatsächlich Einzelrechnungen und Zahlungsanweisungen vorgelegt werden müssen. Es reicht aus, dass die Kommune versichert, die Zahlung tatsächlich ausführen zu müssen oder ausgeführt zu haben.

Die Bestätigung zur Einhaltung des Verbots der Doppelförderung bezieht sich auf alle in § 3 Abs. 2 zusammengefassten Varianten der Doppelförderung.

Zu § 6:

Der Bund behält sich gegenüber dem Land Rückforderungs- und Rückzahlungsansprüche vor. Diese werden vom Land an die Kommunen durchgeleitet. Um die zeitliche Verzögerung einer Durchleitung abzufangen, wird die in der Bundesregelung enthaltene Frist von einem Jahr auf 18 Monate erweitert. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird der zuständigen Stelle kein Ermessen bei der Rückforderung eingeräumt. Sie hat eine entsprechende Bundesforderung oder bei der eigenen Feststellung von Rückforderungsgründen die Mittel von der kommunalen Körperschaft zurückzuverlangen. Dabei kann sie ihre Forderungen mit Forderungen der kommunalen Körperschaft, z. B. aus dem Finanzausgleich, aufrechnen.

Zu § 7:

Dem Bund sind Prüfungsbemerkungen der obersten Rechnungsprüfungsbehörde in Niedersachsen, des Landesrechnungshofs, zu übermitteln. Zwar nimmt der Präsident des Landesrechnungshofs in eigener Person die überörtliche Kommunalprüfung der Kommunen in Niedersachsen vor. Diese Aufgabe ist aber nicht mit der Stellung des Landesrechnungshofs als oberste Rechnungsprüfungsbehörde in Niedersachsen verbunden. Ein Prüfungsrecht ist dem Landesrechnungshof daher für den Geltungsbereich dieses Gesetzes einzuräumen.

Zu § 8:

Es wird davon abgesehen, den Mitgliedsgemeinden von Samtgemeinden als kommunale Körperschaft mit eigenen Aufgaben ein eigenes Budget zuzuweisen, da in den Verwaltungsbereichen der Samtgemeinden diese die wesentlichen Aufgaben wahrnehmen, die Verwaltungskraft der Mitgliedsgemeinden gering ist und aufgrund ihrer niedrigen Einwohnerzahl viele Mitgliedsgemeinden auch nur verschwindend geringe Investitionspauschalen erhielten. Gleichwohl sollen die Samtgemeinden berechtigt sein, Mittel weiterzuleiten. Gegenüber dem Land verantwortlich für die rechtmäßige Verwendung der Mittel und die Erbringung des Eigenanteils bleibt jedoch die Samtgemeinde. Diese Regelung orientiert sich an dem im Rahmen der Gewährung von Bedarfszuweisungen üblichen Verfahren.

Zu § 9:

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten.